

"Man müsste mehr wagen..."

forum-Interview mit LSAP-Fraktionschef

Jeannot Krecké

Welche Probleme hat ein Oppositionsführer?

Viele. Eine Fraktion im Parlament besteht aus einzelnen Persönlichkeiten, die es gilt auf eine Linie einzuschwören. Dies ist umso schwieriger da man heute mehr öffentliche Aufmerksamkeit findet, wenn man etwas anderes als die Partei sagt. Also kommt der Abgeordnete in einen Druck des Abweichens, wenn er Gehör finden will. Darunter leidet die Linie.

Enttäuschung über den harten Fall von der Regierung in die Opposition?

Ja. Das gilt für die Minister, die vorher im Rampenlicht standen, und für Parlamentarier wie mich. Die Arbeit ändert sich vollkommen vom Positiven zum Kritischen und Analytischen. In der Opposition ist es außerdem schwer, an Informationen zu kommen, die vorher ganz leicht zugänglich waren. Oft ist das, was man erfährt, gar nicht richtig. Für mich ist solche Oppositionsarbeit erheblich weniger interessant. Aber das kommt auf den einzelnen an.

Liegt der Mangel an Informationen an den Strukturen oder einzelnen Parteien?

Er liegt in der Sache begründet. In einer Koalition sind die Fraktionen regierender Parteien in die Arbeit der Regierung eingebunden. Sie wissen deshalb automatisch, was jeweils läuft. Die Opposition muss sich jede Information umständlich beschaffen.

Woran liegt der Hauptunterschied zwischen Kommunalpolitik und nationaler Politik?

Die Regierung hat nicht den direkten Zugriff auf die Menschen. Landespolitik hat weniger unmittelbaren Einfluss auf

die Menschen als Kommunalpolitik. Man merkt, die guten Bürgermeister werden auch national in den jeweiligen Gemeinden sehr gut gewählt. Da sieht man, wie für die Leute das Konkrete am Ort im Mittelpunkt steht, weil es am leichtesten spürbar ist. Wenn Sie eine Steuerreduzierung machen, um nicht das Wort Reform zu gebrauchen, bekommen Sie kein Dankeschön dafür. Das ist rasch vergessen, es gilt als normal.

Kommen wir noch einmal auf den harten Fall aus der Regierungsverantwortung in die Opposition zurück...

Für mich jedenfalls und für jeden Minister war es ein harter Fall. Der Minister und die Entscheidungsträger in der Fraktion waren Gestaltungsleute, haben Dinge bewegt. In der Opposition ist das nur beschränkt möglich. Da kann man bestenfalls noch Dinge anreizen, oder versuchen sie punktuell abzuändern. Man hat nicht mehr die Verfügungsgewalt. Von einer positiven Arbeit, die man vorher leistete, gleitet man in eine kritische, eher negative Haltung ab. Das macht einem zu schaffen. Hierzu kommt der Umstand, dass viele eigene Projekte aus der vorangegangenen Legislaturperiode erst heute



eingeweiht werden, zum Teil von Politikern die damals gegen besagte Projekte stimmten. Eine glaubwürdige Opposition hat zudem das Problem, dass sie der neuen Regierung mindestens ein Jahr zugestehen muss, bevor sie diese an ihren konkreten Taten misst. Dies bedeutet im Klartext, dass man während der ersten Zeit in der Opposition einen eher bescheidenen Eindruck nach außen vermittelt.

Inakzeptabel ist allerdings der Umstand, dass verschiedene aktuelle Regierungsglieder sich nicht schämen, auch im fünften Jahr ihrer Regierungsbeteiligung sämtliche Vorwürfe an ihrer Politik mit den angeblichen Verfehlungen ihrer Vorgänger zu rechtfertigen.

In einem französischen oder englischen Wahlsystem, wo man weniger Koalitionen hat, wird spätestens nach hundert Tagen die neue Regierung kritisiert.

In unserem System, das auf Koalitionen aufbaut, hat man beim Regierungswechsel immer einen Teil der vorherigen Regierung in der Opposition. Das ist natürlich etwas völlig anderes, als wenn die Rollen völlig vertauscht werden. Man ist plötzlich in der Situation,

den ehemaligen Partner, mit dem man viel in Bewegung gesetzt hat, kritisieren zu müssen. Wenn in England die Konservativen durch eine Labour-Regierung ersetzt werden, schwingen im Verhältnis zwischen Regierung und Opposition nicht all die Gemeinsamkeiten mit, die hier zwischen ehemaligen und vielleicht zukünftigen Partnern bestehen. Man hatte gemeinsame Projekte, man hat sich vielleicht in der täglichen Arbeit auch auf einer persönlichen Ebene gut verstanden, und plötzlich wird man durch einen anderen Partner ersetzt. Das ist für den ehemaligen Koalitionspartner in der Regierung nicht minder schwierig als für jenen, der jetzt in der Opposition ist. Weil man mit dem ehemaligen Partner so vieles zusammen bewirkt hat, kann man zudem nicht alles schwarz malen. Man trägt, obwohl das nicht immer so gesehen wird, weiterhin Verantwortung für das, was in der neuen Regierungsarbeit kontinuierlich weiter geht. Ich bin daher der Meinung, dass man die Oppositionsarbeit langsam angehen soll. Unsere Militanten waren sehr aufgebracht, als etwa das BTB-Projekt zerredet und durch nichts ersetzt wurde. Sie meinten, wir müssten sehr viel

mehr gegen die Regierung agieren. Ich habe allerdings da gebremst, da man mit zwei verschiedenen Wählergruppen zu tun hat. Die Basis der Partei möchte immer viel mehr und schärfere Kritik hören. Sie wünschen ein sehr energisches Vorgehen gegen die Regierung. Der unabhängige Wähler, den nichts direkt mit unserer Partei verbindet, will allerdings eine überlegte Opposition sehen. Da ist man hin und her gerissen, muss hier schießen und da bremsen. Und dabei kann es nicht ausbleiben, dass man Vorwürfe hört.

Vorhin haben sie eher beklagt, dass es das Problem einer Fraktion sei, wenn es zu viele exponierte Einzelne gibt.

Einerseits ist Vielfalt unsere Stärke. Andererseits bringt das Wahlsystem mit sich, dass jeder versuchen muss, auf seiner eigenen Liste so weit wie möglich vorne zu sein. Also stellen sich einzelne über die Notwendigkeiten der Fraktionsarbeit hinaus ins Rampenlicht.

Es scheint so, dass ehemalige Minister, die in der Opposition im Parlament sitzen, weiter ein Selbstverständnis als Minister haben und den normalen Abge-

Die Internet-Seiten von *forum*

bieten unter anderem

- einen Index der *forum*-Autoren, Dossiers und Artikel mit Suchfunktion
- ergänzendes Material zu in den Heften behandelten Themen
- interessante Beiträge aus früheren *forum*-Ausgaben
- ein Online-Dossier mit den wichtigsten *forum*-Artikeln zum Thema Universität Luxemburg

www.forum-online.lu

ordneten die parlamentarische Arbeit überlassen.

Der Übergang für einen Minister ist natürlich noch schwieriger als für einen Parlamentarier. Es gibt Minister, die sind in der ersten Reihe geblieben, andere haben sich in hintere Reihen abgesetzt. Das ist oft eine frei gewählte Rolle.

Das ist aber das Schicksal jeder Oppositionspartei.

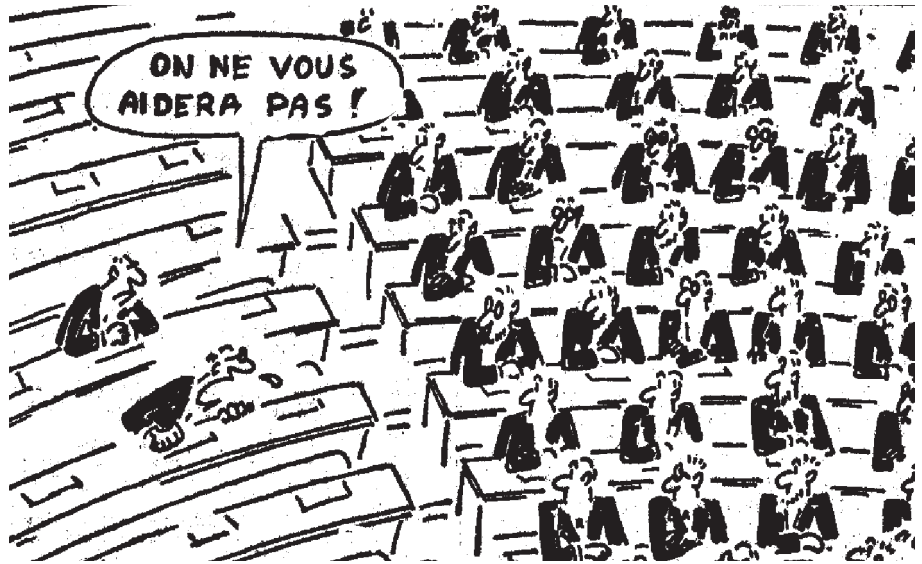
Wenn jetzt die CSV in die Opposition käme, hätte sie sieben ehemalige Minister neben anderen Persönlichkeiten im Parlament. Auch das wäre keinesfalls einfach. Es ist ein luxemburgisches Problem, weil wir so ein kleines Parlament haben. In den Nachbarländern gehen ehemalige Minister in der Masse der Abgeordneten unter. Hier verändert sie Fraktionen völlig.

Die konkrete Arbeit schwankt zwischen Kritik an der Regierung und konstruktivem Mitwirken. In der Gemeinde ist das schwierig, sagten Sie. Aber wie ist das auf der nationalen Ebene?

Da kann die Opposition ihren Anteil besser bemerkbar machen. Aber es ist und bleibt so, dass die Leute, die etwas entscheiden und durchziehen, auch wenn das vielleicht ein Vorschlag von anderer Seite war, eine gewisse Zeit den Vorteil verbuchen. Das liegt auch daran, dass die Vergesslichkeit in der Bevölkerung sehr groß ist. Die Informationsflut trägt wesentlich dazu bei, dass alles sehr kurzlebig wird. Man weiß letztlich nicht mehr, wer hat nun wann was veranlasst oder gemacht oder gesagt. Darum können auch einige Politiker wenige Tage später das Gegenteil von dem behaupten, was sie vorher gesagt haben. Wenn dieser Umstand nicht ganz besonders in der Presse herausgestellt wird, wird er vom Bürger geschluckt. Da sehe ich ein großes Problem.

Das Problem besteht aber auch zwischen Regierungsparteien.

Ja. Da versucht jetzt jeder den Zug auf seine Seite zu bringen. Aber was die Opposition betrifft, geht es um eine kluge Mischung aus Kritik und Alternativvorschlägen. Letztere werden jedoch grösstenteils von den Regierungsparteien abgekanzelt. Es ist allerdings selten, dass eine neue Regierung die Entscheidungen ihrer Vorgänger rückgängig



machen, da in der jeweils neuen Regierung ein Koalitionspartner sitzt, der die vorherigen Entscheidungen mitverantwortet. Wenn ich mir ansehe, was die DP alles gesagt hat über die Quellensteuer, Pension bei den Staatsbeamten, Pflegebetten, die Schulpolitik... Und was ist die Realität? Die Quellensteuer wird eingeführt, das Bankgeheimnis angetastet. Man sollte lesen, was die alles vorher versprochen haben in all den Oppositionsjahren. Das interessiert dann offenbar niemanden mehr, sogar die Staatsbeamten nicht. Die wollten wahrscheinlich eher die anderen Parteien strafen, als dass man daran geglaubt hätte, die DP könnte irgendetwas wieder rückgängig machen. Es war von Anfang an klar, dass es unmöglich ist, bestimmte Entscheidungen der früheren Regierung zurückzunehmen. Das hat aber zwei oder drei Jahre lang zu keiner Kritik Anlass gegeben.

Kritik von wem, wenn nicht von der Opposition?

Von den Leuten, denen man etwas versprochen hat. Wenn jemand über Jahre sagt: „Es wird mit uns keine Quellensteuer geben. Das Bankgeheimnis wird nicht angetastet.“ Und wenn sie es dann trotzdem tun, ist da trotzdem keiner, der aufsteht und sagt: „Also hört mal Leute, was habt Ihr da erzählt?“ Das geht einfach stillschweigend so. Vielleicht eine Besonderheit hier in Luxemburg? Ich weiß nicht.

Ist das nicht ein Grund, weshalb immer nur ein Koalitionspartner Federn lässt?

Kann sein. Es war bei uns der Fall. Es kann morgen im selben Maß die DP oder die CSV treffen. Es ist schon eine besondere Art in Luxemburg. Es gibt auch Koalitionen in Deutschland, aber das sind Koalitionen mit zwei Polen. Hier ist die Mischung erstaunlich.

Ist das nicht eine Frage der Oppositionsstrategie? Sie sagten, dass man in der Opposition immer der vergangene und potentiell nächste Verantwortungsträger bleibt, was eine Fundamentalopposition unmöglich macht. Könnte man nicht versuchen, dass die Oppositionsparteien gemeinsam eine Kritik der Regierungsziele vornehmen und so eine echte Alternative aufbauen?

Das geschieht zum Teil, weil etwa die Stellungnahmen der Grünen oft recht nah bei unseren inhaltlichen Positionen angesiedelt sind. Das ADR ist allerdings sehr weit weg von uns. Die Grünen haben jedoch noch nicht die Stärke, die erforderlich wäre, um zu einer echten Koalitions-Alternative heranzuwachsen. Unser Problem in der Opposition ist folgendes: Wir kommen aus fünfzehnjähriger Regierungsverantwortung. Heutige Projekte stammen zum Teil noch von uns, und wir haben sehr große Reserven hinterlassen, über 70 Milliarden in den Investitionsfonds. Die Regierung merkte, dass sie aus dem Vollen schöpfen konnte und betrieb eine gewisse Beglückungspolitik. 2001 hat ja noch keiner gemerkt, wie die finanzielle Situation sich wirklich entwickelt. Es wurde überall Beglückung betrieben: Renten, Steuern, Kinderzulagen.

Man entschied sich für Prunkbauten und machte sich keine Sorgen um die Kosten des Unterhalts. Wenn die Opposition die entsprechenden Gefahren zum Thema machte, warf man ihr Miesmacherei und Neid vor. Dann ließen wir natürlich in der Kritik nach, um nicht als Destruktive dazustehen. Für eine Oppositionspartei, die morgen wieder Mitverantwortung in der Regierung tragen will, ist das eine schwierige Zeit. Erst seit kurzem stellen breitere Kreise die Frage, ob das noch alles bezahlbar ist. Nun müssten wir ständig erklären, dass wir doch immer schon vor diesen Problemen gewarnt haben. Wir haben es aber aus den genannten Gründen nicht immer so klar sagen können. Das Problem stellt sich auch bei Abstimmungen. Es ist meist so, dass in einem Gesetzespaket viel Positives steckt, aber auch einiges, was wir nicht wollen. Aber stimmt man dagegen oder nicht? Enthaltung ist für mich keine Art der Stellungnahme. All das bringt mit, dass man nun aufzeigen kann, wie oft wir doch mit der Regierung stimmten, auch wenn wir den Unterschied unserer Auffassungen deutlich machten. Beispiel Universität: Bei allen den

Problemen, die unsere Fraktion zum Projekt der Regierung aufzeigte, haben wir doch schlußendlich eine prinzipiell positive Haltung zur Gründung einer Universität in Luxemburg. Da steht man vor Fragen, die braucht man sich in der Koalition nicht zu stellen. Da ist man für die eingebrachte Sache oder versucht, die Dinge im Vorfeld im Sinn der eigenen Richtung zu ändern. Aber in der Opposition steht man immer vor dem Dilemma: Wenn ein Gesetzesentwurf da ist, der, auch wenn es nicht unseren Vorstellungen entspricht, eine Verbesserung für die Bevölkerung bringt, was tun? Reden wir den mies oder stimmen wir dafür?

Hat die Oppositionsrolle keinerlei Vorteile für eine Partei?

Es lebt sich einfach in der Opposition. Allerdings beschränkte die gegenwärtige Regierung sich bisweilen hauptsächlich auf eine reine Beglückungspolitik, gegen die man als solche schwer ankommt, da man von den Fehlern der Regierung lebt. Wenn die Regierung lediglich verteilt und strukturelle Reformen umgeht, geraten wir als Opposition in Bedrängnis. Eine satirische Zeitung schrieb, diese Regierung wäre geschäftsschädigend für sie, weil es keine Reformen gab, an der man sie hätte messen können. Das ist auch unser Problem als Opposition. Ich bin allerdings der Meinung, dass der Kurs, den wir durchgezogen haben, uns im Anfang zunächst auf uns selbst zu besinnen, um dann allmählich mit Kritik und Alternativen zu kommen, sich auszahlen wird.

Wie steht es um die Rolle der Opposition als Kontrolle der Regierung?

Es gibt im Grunde nur eine Kommission im Parlament, in der die Opposition eine echte Kontrollfunktion ausüben kann, die neu geschaffene Budgetkontrollkommission. Da ist ein Oppositionspolitiker Präsident. Der hat vier Leute auf seiner Seite, die andere Seite hat sieben. Und doch muss die Mehrheit wirklich überlegen, ob sie gegen alles ist, was vom Präsi-

den kommt. Sie kann nicht jedesmal "Nein" sagen. Auf der anderen Seite müssen wir auch zeigen, dass wir nicht nur blind Kritik ausüben. In Luxemburg gibt es ein solches Zusammenwirken mit der Opposition nur in der Budgetkontrollkommission und der Petitionskommission, die oft niemanden interessiert. Ich denke, man müsste mehr wagen in der Diskussion zwischen Opposition und Majorität. Da ist bislang wenig geschehen, weil man zu zaghaft war. Die Einbindung der Opposition in verantwortliche Positionen in den parlamentarischen Kommissionen würde das Niveau der Argumentation steigern, weil es für die Minister nicht mehr gar so einfach wäre, mit ihren jeweiligen Vorstellungen ohne Debatte durchzukommen. Wir sollten uns hier an das anlehnen, was der Deutsche Bundestag tut, und was zum Teil auch im Europaparlament geschieht: Der Zugriff auf die Kommissionen sollte im Verhältnis aufgeteilt werden.

Das würde sicher die Rolle des Parlaments als Kontrollorgan der Regierung stärken.

Die klassische Dreiteilung der Gewaltentrennung hat sich inzwischen anders entwickelt. Von der Justiz einmal abgesehen, besteht im Grunde keine Trennung zwischen Parlament und Regierung. Es ist eine Mehrheit, die regiert, und die sitzt im Parlament wie in der Regierung. Und es gibt eine Opposition, die sitzt eben nur in der Abgeordnetenversammlung. Das sind die neuen Pole in der Politik, und das ist nicht diese klassische Gewaltenteilung. Während Jahrzehnten hat man die Dinge so laufen lassen. Erst durch den Rechnungshof, gekoppelt mit der Budgetkontrollkommission, ist es dazu gekommen, dass viele Dinge auf eine andere Schiene gesetzt wurden. Minister und hohe Verwaltungsfunktionäre wissen jetzt, dass ihnen auf die Finger geklopft werden kann, was nicht der Fall war, als sich das Parlament noch auf die gesetzgeberische Arbeit beschränkte. Während Jahrzehnten, auch als wir in der Regierung waren, wurden die Abrechnungen der verschiedenen Projekte nicht kontrolliert, weil es kein Organ dafür gab. Das war ein großer Fehler. Es geht hier gar nicht um bestimmte Parteien, die gerade in Regierung und Opposition sind. Durch umfassende Kontrolle der Regierenden durch das Parlament funktioniert der Staat einfach besser.



www.12345kjt.lu
Berodung an Informatioun
fir Kanner a Jugendlecher
am Internet

☎ 12345

Mir lauschteren dir no,
an et bleift alles ënnert eis.

Méindes, mëttwochs, freides
17:00 bis 22:00

Dënschdes, donnëschdes,
samschdes 14:00 bis 20:00